

Auftakt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **104 (2007)**

Heft 4

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Falsch programmiert?

«Sichere Renten statt Sozialmissbrauch!» Noch haben wir die Bilder von Plakaten mit diesen und ähnlichen Slogans im Kopf. Sie erinnern an einen Wahlkampf, der nun der Vergangenheit angehört. Manche möchten ihn gerne bald vergessen. Beim Lesen dieser Botschaft habe ich mich gefragt: Wer hat sich eigentlich für sichere Renten engagiert in der letzten Legislatur? Wer hat sich für Sozialmissbrauch stark gemacht?

Aber dann wurde mir bald bewusst, dass sich die Frage gar nicht so stellt. Mir war von allem

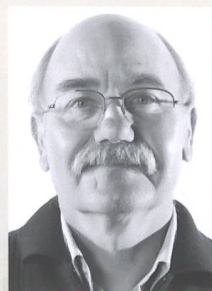
Anfang an in Bruchteilen einer Sekunde klar geworden, wie die Positionen verteilt sind: Die SVP steht für sichere Renten, die Linke für den Sozialmissbrauch. Vielen Wählerinnen und Wählern dürfte es ähnlich ergangen sein. Wie kommt es, dass diese Zuordnung der Verantwortlichkeiten so unreflektiert in unseren Köpfen vor sich geht, als wären die Chips alle gleich programmiert?

Ein Blick auf die vergangene Legislatur jedenfalls lässt den Schluss nicht zu, dass eine der Parteien für sich in Anspruch

nehmen könnte, sich besonders für sichere Renten starkgemacht zu haben, die SVP wohl am allerwenigsten. Die Finanzierung der Invalidenversicherung ist ebenso ungelöst wie die Anpassungen der Altersvorsorge an die demografischen Veränderungen. Umgekehrt kenne ich keine Partei, die in den letzten Jahren Sozialmissbräuche verteidigt hätte.

Wie kommt es also, dass wir unwillkürlich politische Zuordnungen vornehmen, ohne dass diese mit der Realität etwas zu tun haben? Vielleicht ist das ja gerade





Ueli Tecklenburg
Geschäftsführer der SKOS

Früherkennung: Die Schulsozialarbeit machts vor

Damit Kinder und Jugendliche ihren Platz in der Gesellschaft finden, müssen bestehende Probleme im persönlichen, familiären oder schulischen Bereich früh erkannt werden. Die Schulsozialarbeit kann dabei unterstützend wirken. Dies zeigt eine laufende Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz. Sie kommt zum Schluss, dass die Früherkennung in der Schulsozialarbeit funktioniert, auch wenn der langfristige Nutzen dieser Disziplin wissenschaftlich noch nicht nachgewiesen werden kann (S. 12).

Probleme, die auf der Schulstufe entstehen, können später zu Problemen der beruflichen Integration führen – und somit zu einem bedeutenden Risiko, von der Sozialhilfe abhängig zu werden. Die Früherkennung ist eine wichtige Interventionsform, um dies zu verhindern. Die im Aufbau begriffene nationale Armutsstrategie, an der die SKOS aktiv beteiligt ist, setzt klar auf Früherkennung, um Armut wirksam zu bekämpfen. Und auch ein vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie lanciertes Projekt namens «Case Management Berufsbildung» will Jugendliche in der für die Zukunft entscheidenden Übergangsphase zwischen Schule und Beruf unterstützen (S. 13). Die Schulsozialarbeit könnte dabei die Rolle einer wichtigen Partnerin spielen.

Die Schulsozialarbeit kommt – wie auch die Sozialhilfe – oft mit Menschen in Kontakt, die bestimmten gesellschaftlichen Gruppen angehören. Es sind Familien, die am Existenzminimum leben, oder Menschen mit Migrationshintergrund (S. 4). Dazu gibt es eine weitere Parallele zwischen der Schulsozialarbeit und der Sozialhilfe: Beide Disziplinen übernehmen häufig die Funktion einer «sozialen Feuerwehr», ohne nachhaltig an Ursachen von Problemen arbeiten zu können (S. 8). Ein Grund mehr, die Schulsozialarbeit im Schwerpunkt dieser ZeSo genauer zu beleuchten.

das Problem: Die Gesellschaftspolitik ist zur Abstraktion verkommen. Wer ein Thema besetzt, hat die mediale Herrschaft errungen und auch den Luftraum über den Stammtischen. Auf die Besetzung der Themen kommt es an, nicht auf die Lösungen, die entwickelt oder gar umgesetzt werden.

Doch eigentlich wissen es ja alle: Die Schlagworte und Slogans bringen uns nicht weiter. Das spüren vor allem die Verantwortlichen auf allen Ebenen, zum Beispiel die Sozialbehörden, und zwar die Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien. Lösungen, die sich nicht an den Realitäten orientieren, haben keine Chancen. So lassen sich weder veränderte Lebensweisen der Menschen noch Armut und Benachteiligungen noch wirtschaftliche Entwicklungen aus der Welt reden. Nur wer sich damit auseinandersetzt, hat eine Chance, Veränderungen zu bewirken.

Nach dem Nebel des Wahlkampfes, der schon Monate davor keine konstruktiven politischen Lösungen für anstehende Probleme mehr zulies, wäre es an der Zeit, den Blick wieder auf die Realitäten zu werfen. Praktikerrinnen und Praktiker sind gefragt, die umsetzbare Lösungen anbieten. In den Sternstunden der Demokratie gelingt es, solche Lösungen mit Hilfe der Politik mehrheitsfähig zu machen. Etwa den lang ersehnten Kompromiss zur nachhaltigen Finanzierung der Invalidenversicherung. Wer sich dann wirklich für sichere Renten einsetzt, bleibt abzuwarten. Und jemandem vorzuwerfen, er setze sich für Missbräuche ein, ist dummes Gerede. Niemand tut dies. ■

Walter Schmid
Präsident der SKOS